

1. Kapitel

Der Erste Weltkrieg

1.1. Die Schweiz unter dem Eindruck des Krieges¹

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Serbien löste innerhalb von wenigen Wochen den Ersten Weltkrieg aus. Aufgrund der Bündnissysteme kam es schlagartig zu einem ganz Europa umspannenden Krieg. Die Schweiz war als Nachbar der beiden Hauptgegner Deutschland und Frankreich gefährdet. Die Aufstellung der Schweizer Armee nach der Kriegsmobilmachung vom 3. August 1914 trug der möglichen Umgehung der Front durch neutrales Gebiet Rechnung. Das Gros der über 220'000 Mobilisierten marschierte im Jura und an der Nordwestgrenze auf.

Wie andere europäische Staaten war die Schweiz weder geistig noch materiell auf einen langen Krieg vorbereitet. Eine kriegswirtschaftliche Organisation bestand nicht, einzig für knapp zwei Monate war ein Getreidevorrat angelegt worden. Die Landesversorgung musste von Beginn weg improvisiert werden. Die Schweiz war bezüglich Nahrungsmitteln und Energieträgern zu zwei Fünfteln vom Ausland abhängig. Somit gewann die Wirtschaftspolitik für die Schweiz zentrale Bedeutung. Der Handelsverkehr konnte aber durch die Kriegführenden kontrolliert werden und erlitt Einschränkungen, die sich bald im Landesinnern auswirkten. Die kriegswirtschaftliche Organisation hatte viele Lücken. Wohl waren dem Bundesrat von der Bundesversammlung am 3. August 1914 weitreichende Vollmachten erteilt worden. Die Monopolisierung der Getreideeinfuhr im Januar 1915, die Rationierungen 1917 und andere vereinzelt Massnahmen konnten aber Teuerung und Inflation nicht aufhalten. Die Soldaten leisteten

¹ Als Sekundärliteratur für dieses Überblickskapitel wurden Greyerz, Hans von, „Der Bundesstaat seit 1848“, in: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, Bd. 2., Zürich 1977, S. 1125-1143, Jost, Hans Ulrich, „Bedrohung und Enge (1914-1945)“, in: *Geschichte der Schweiz - und der Schweizer*, Bd. 3, Basel 1983, S. 132-140 und Kurz, Hans Rudolf, *Die Geschichte der Schweizer Armee*, Frauenfeld 1985, S. 69-94 verwendet. Ausser für Zitate oder Informationen, die nicht aus diesen Darstellungen stammen, wird im folgenden auf Anmerkungen verzichtet.

im Durchschnitt etwa 500 Tage Dienst² und erhielten keine Verdienstausschüttung zur Unterstützung ihrer Familien. Das traf die ärmeren Bevölkerungsschichten besonders hart. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung trat für die schweizerische Öffentlichkeit die militärische Existenzgefährdung gegenüber der wirtschaftlichen mehr und mehr zurück.

Neben der sich laufend verstärkenden sozialen Not wurden die geteilten Sympathien für die Kriegführenden zwischen dem welschen und dem deutschschweizerischen Landesteil zu einer innenpolitischen Belastung. Ein erster Konflikt hatte sich schon bei der Generalwahl vom 3. August 1914 ergeben, als die welschen Vertreter der Bundesversammlung sich mehrheitlich gegen den eher deutschfreundlichen Oberstkorpskommandanten Ulrich Wille gestellt hatten. Der Graben wurde bei der Beurteilung des deutschen Überfalls auf Belgien noch offenkundiger, da die deutschschweizerische Presse die Neutralitätsverletzung im Gegensatz zur welschen weitgehend rechtfertigte. Die nicht zu unterschätzende Feindpropaganda tat das ihre, um die auch neutralitätspolitisch problematischen Sympathiekundgebungen für den einen oder den anderen Kriegführenden in der Schweiz zu schüren.

Als 1916 die allgemeine Versorgungslage noch prekärer wurde, verschlechterten sich auch die Arbeitsbedingungen weiter. Im Juni 1918 lebten schliesslich 692'000 Personen unter dem Existenzminimum, was einem Sechstel der Bevölkerung entsprach³. Der linke Flügel der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) schlug eine radikalere Gangart ein. 1916 kam es zu den ersten Demonstrationen gegen die soziale Lage. Die Armee wurde bei Krawallen verschiedentlich zum Ordnungsdienst beigezogen, was sie in den Augen der Linken zum Werkzeug der Bürgerlichen im Klassenkampf machte. Im Juni 1917 sagte sich die SPS von der Landesverteidigung los. Die Auseinandersetzung zwischen Arbeitern, Gewerkschaften und Sozialdemokraten auf der einen, und bürgerlichen Behörden auf der anderen Seite gipfelte im November 1918 im Landesstreik⁴. Vor der unnachgiebigen Haltung von Bundesrat und Bundesversammlung, die ihren Anordnungen mit einem massiven Ordnungstruppenaufgebot

2 Bericht des Chefs des Generalstabes der Armee an den General über die Mobilmachung und den Verlauf des Aktivdienstes, in: Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1914/18 vorgelegt von General Ulrich Wille, 2. Teil, Zürich 1919, S. 217.

3 Greyerz, *Bundesstaat*, S. 1134.

4 Für weitere Informationen zum Landesstreik und seinem Umfeld siehe u.a. Gautschi, Willi, *Der Landesstreik 1918*, Nachwort von H.-U. Jost, Zürich 1988 (3. durchges. Aufl.).

Nachachtung verschafften, musste die Streikleitung nach drei Tagen kapitulieren. Mit dieser Kraftprobe war der soziale Konflikt allerdings nicht gelöst. Im Sommer 1919 kam es zu weiteren Unruhen in Zürich und Basel, wobei neben der Armee auch Bürgerwehren zum Einsatz kamen. Durch diese Konfrontationen frass sich die Verbitterung in beiden Lagern weiter fest und sollte die Entfremdung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum auf Jahre hinaus festigen.

Die militärische Bedrohung gestaltete sich unterschiedlich. Es blieben ständig Teile der Schweizer Armee mobilisiert und versahen den Grenzschutzdienst. In Zeiten erhöhter Spannung wurden die Truppenzahlen jeweils demonstrativ erhöht. Als Reaktion auf Truppenansammlungen an der Westgrenze im Frühjahr 1917 verdoppelte man zum Beispiel per 1. Februar 1917 die Zahl der Mobilisierten auf über 80'000 Mann. Sie wurden bis Ende April des selben Jahres weiter ergänzt, so dass wieder über 100'000 Soldaten unter den Waffen standen⁵. Diese ständige Bereitschaft überzeugte die kriegführenden Parteien gleichermaßen. Jedenfalls führten sie ihre Erwägungen zur Verletzung der schweizerischen Neutralität nicht über ein erstes Planungsstadium hinaus. Eine in bewaffneter Neutralität verharrende Schweiz schien allen zu nützen⁶.

Die langen Grenzdienste hatten aber auch ihren Preis. Von den sozialen Folgen war bereits die Rede. Nach der leicht euphorischen Stimmung der ersten Wochen nach der Mobilisation kehrten bei der Truppe unter dem harten Drill und dem eintönigen Dienst mehr und mehr Langeweile und Dienstverdrossenheit ein. Dies gab auch General Wille in seinem Schlussbericht unumwunden zu und er sprach der Armee einen Teil der Verantwortung dafür nicht ab⁷:

„Die Missstimmung im Volk und in der Armee gegen Ende des Aktivdienstes war ... einmal durch die wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, dann durch die mancherlei Unvollkommenheiten der Armee selbst verursacht.“

Dieses Unbehagen gegenüber dem Militärischen wurde durch die Linkspresse geschürt, die keine Gelegenheit ausliess, durch die Verallgemeine-

5 *Bericht Generalstabschef 1914-1918*, S. 213ff.

6 Für weitere Informationen zu den militärischen Dispositionen der Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg siehe Rapold, Hans, *Der Schweizerische Generalstab*, Band V.: *Zeit der Bewährung? Die Epoche um den Ersten Weltkrieg 1907-1924*, Basel 1988.

7 *Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1914/18 vorgelegt von General Ulrich Wille*, 1. Teil, Zürich 1919, S. 12.

rung kleiner Vorkommnisse die ganze Armee in Misskredit zu bringen⁸. Belastend waren in diesem Zusammenhang besonders die Ordnungsdienste. Zu dieser gespannten Situation kamen gegen Ende des Aktivdienstes die Grippeepidemien, die unter den Soldaten 1805 Tote forderten, 926 allein unter den Ordnungstruppen⁹.

Vor dem Hintergrund dieser innenpolitischen, aussenpolitischen, militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren musste also ein wie auch immer gearteter 'Truppeninformationsdienst' seine Arbeit tun. Wie diese Aufgabe verstanden, angepackt und ausgeführt wurde, wird im folgenden untersucht.

1.2. Die Gründung des 'Vortragsbureaus' beim Armeestab

Nach der Kriegsmobilmachung vom 3. August 1914 hatte die Schweizer Armeeführung andere Sorgen, als sich über die Belehrung und Unterhaltung der Truppe Gedanken zu machen. Als sich aber abzuzeichnen begann, dass kein rasches Ende der Kampfhandlungen auf den Kriegsschauplätzen zu erwarten war und deshalb die Armee längere Zeit mobilisiert bleiben würde, sollte diese Lücke geschlossen werden.

Die Gründung des sogenannten 'Vortragsbureaus' geht auf einen Befehl General Willes vom 16. November 1914 zurück¹⁰. Eine frühere Beschäftigung auf Armeestufe mit diesem Thema ist aus den Akten nicht ersichtlich. In diesem Befehl setzte sich der General mit der geistigen Beschäftigung der Truppe auseinander, die ihm gerade angesichts des kommenden Winters angezeigt schien¹¹:

„Ich erachte für geboten, dass während der Winterszeit für die geistige und gemütliche Anregung der Truppe vorwiegend durch Vorträge, dann aber auch durch Vorlesen von guten Büchern, durch Anleitung zum Gesang und durch Vorträge der Bataillons-Musiken sowie auf jede andere geeignete Art gesorgt wird.“

Mit diesen Anordnungen verfolgte Wille verschiedene Ziele. Einerseits sollte der Truppe für die langen Winterabende im Aktivdienst Unterhaltung

8 Etter, Jann Fridolin, *Armee und öffentliche Meinung in der Zwischenkriegszeit 1918-1939*, Diss. Luzern 1972, S. 18.

9 Kurz, *Schweizer Armee*, S. 85.

10 Wille an Kdt der Armeekorps, 16.11.1914, BA Ar E27/6444. Befehl auch zitiert in: Kurz, Hans Rudolf (Hg.), *Dokumente der Grenzbesetzung 1914-1918*, Frauenfeld 1970, S. 77f. - Vgl. auch Anhang II, Dokument 1, S. 268.

11 Ebd.

geboten werden, um die Soldaten sinnvoll zu beschäftigen und Langeweile zu verhindern. Andererseits ging es dem General um „geistige Anregung“. Dabei sollten die Wehrmänner unter anderem auf ihre Aufgaben und Pflichten als Bürger und Soldaten hingewiesen werden¹²:

„...diese Vorträge sollen nicht bloss der Unterhaltung dienen, sondern vor allem die militärische und staatsbürgerliche Erziehung unserer Wehrmänner fördern, das Verständnis für den Begriff Vaterland und das Gefühl der Zusammengehörigkeit der verschiedenen Rassen unseres Landes wecken und als Gesamtergebnis wirkliche, zu jedem Opfer bereite Vaterlandsliebe hervorrufen und zu klarem Bewusstsein bringen, dass die Sicherheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes im Heer beruht und ein Heer braucht, das durch eiserne Disziplin zusammengehalten ist.“

Das behelrende Moment dringt in diesem Befehl stark durch. Wille glaubte bei seinen Soldaten einen Nachholbedarf an staatsbürgerlichen Kenntnissen zu erkennen. Im Aktivdienst sollte dieses Defizit nun behoben werden, damit aus besseren Bürgern auch bessere Soldaten würden¹³:

„Es ist in kleinen demokratischen Verhältnissen unvermeidlich, dass die Menschen viel mehr für ihre Rechte als für ihre Pflichten begeistert sind.

Diesem zu begegnen ist der sittliche Zweck dieser Vorträge; wir dienen durch sie dem Vaterland im allgemeinen, aber doch an erster Stelle der Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit unserer Armee.“

Zur Koordination dieser Massnahmen berief der General im Oktober 1914 den Genfer Universitätsdozenten Gonzague de Reynold in den Armeestab¹⁴. Er erhielt den Auftrag, ein sogenanntes ‘Vortragsbureau’¹⁵ zu bilden. Dieses Büro hatte die Aufgabe, den Truppenkorps für Auskünfte, Hilfsmittel und die Vermittlung von Referenten zur Verfügung zu stehen.

Auf der Basis des Entwurfes von de Reynold legte Wille in einem „Programm für die bei den Truppen zu haltenden Vorträge“ die Leitlinien

12 Ebd.

13 Ebd.

14 Gonzague de Reynold stammte aus einem Freiburger Aristokratengeschlecht. Er war Wille aufgefallen, da er als einer der wenigen welschen Intellektuellen eine betont nationalistische und nicht eine deutschfeindliche Haltung einnahm. Deshalb schien er dem General geeignet, den Graben zwischen deutscher und französischer Schweiz zu überbrücken; vgl.: Mattioli, Aram, *Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz*, Zürich 1994, S. 94f.

15 Im folgenden verwenden wir die moderne Schreibweise ‘Vortragsbüro’.